„Der Courier“
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina.

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

18. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 8. Juli 1925 | 12 Seiten | Nummer 35

Wer regiert in Canada?

Die Kriegsveteranen oder die Regierung?

Kriegervereinskonferenz in Ottawa erstrebt allgemeine Aushebung im Kriegsfalle.

In Ottawa gaben sich in den letzten Tagen verschiedene Kriegervereine ein Stelldichein, woran an und für sich nichts auszusetzen wäre. In anderen Ländern nimmt man von solche „Konventionen“ kaum Notiz, weil dort für die Kriegervereinler keine höheren Bürgerrechte existieren als für gewöhnliche Sterbliche. Anders scheint es jedoch in Canada zu sein, wo die „War Veterans“ sich der besonderen Huld der regierenden Kreise in Dominion und Provinzen erfreuen, wo die englisch-canadische Presse, die sonst so liebliche Töne über einen gewissen „Militarismus“ anstimmen konnte, Tag für Tag spaltenlange Berichte mit Ueberschriften in voller Zeitungsbreite dem verehrten Publikum vorsetzt. Da darf man wohl die Frage aufwerfen: Wer regiert eigentlich in Canada, die Kriegsveteranen oder die Regierung? Wen wählt der canadische Bürger, eine Kriegsveteranenkonvention oder ein dem Volke verantwortliches Parlament? Was haben sich die canadischen Militaristen in Einwanderungsfragen und andere politische und wirtschaftliche Probleme des Landes einzumischen? Die „British Empire Service League“ und die ihr angeschlossenen canadischen Vereine sollten von den behördlichen Stellen ganz energisch in die Grenzen ihrer Befugnisse zurückgewiesen werden. Die Kriegsveteranen können unsertwegen in jedem Nest aus ihren eigenen Taschen Kriegerdenkmäler errichten, können an nationalen Feiertagen ihre Häuser mit Dutzenden von britischen Fahnen behängen, können auch gelegentlich einmal, wenn eine militärische Größe wie augenblicklich Feldmarschall Earl Haig Canada bereist, mit aller Kraft „Hurra“ schreien — das alles hält sich im Rahmen eines Kriegervereins. Was darüber hinausgeht, kann und darf nicht Sache der Veteranen, sondern anderer Körperschaften sein, die auf Grund der Verfassung und auf Grund des Volkswillens dazu befugt und beauftragt sind. Nur unter dieser Voraussetzung herrscht Ordnung in einem demokratischen Staate, als den sich Canada betrachtet.

Ein Punkt ist es, der unseres Erachtens die Kritik aller vernünftigen Bürger geradezu herausfordert. Auf der Veteranenkonferenz in Ottawa wurde von den canadischen Delegaten eine Resolution eingebracht, die den Grundsatz der allgemeinen Aushebung (Conscription) im Kriegsfalle empfiehlt. Diese Conscription soll sich nach Ansicht der Antragsteller auf das Eigentum, die Person, das Leben und die Freiheit aller Bürger beziehen. Zum Glücke fand sich noch ein besonnener Mann, Captain W. P. Walker vom irischen Freistaat, der den heißspornigen Canadiern gütlich zusprach und sie dazu bewog, die Resolution nochmals einer weiteren Konferenz zu unterbreiten. Mit dieser Ergänzung wurde die Entschließung angenommen. Da haben wir also schon wieder einen Fall, der klar beweist, welche weitgehenden Rechte sich die Veteranen anmaßen. Doch nicht nur die Methode, sondern auch das Prinzip der allgemeinen Aushebung ist schärfstens zu verurteilen, es sei denn, daß Canada selbst durch einen unprovozierten Angriff gefährdet sei. In diesem Falle aber würde es wohl kaum einer besonderen Aushebung bedürfen, da dann sich alle guten und waffenfähigen Bürger ohne weiteres zur Verteidigung ihres Landes bereitfinden würden. Nehmen wir jedoch an, durch den neuen europäischen Sicherheitsvertrag, wie er von Großbritannien und Frankreich zum Schutze des Friedens am Rhein vorgeschlagen worden ist, würde sich ein internationaler Konflikt entspinnen. Oder nehmen wir an, die Wirren in China würden zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit England führen! Was dann? Will man, wie es die Absicht der „British Empire Service League“ ist, auch in solchen Fällen die Canadier zwingen, ihr Blut für irgendwelche imperialistische Ziele irgendeines Landes zu verspritzen? Sollen die Canadier ihre Haut für europäische nationalistische Interessen zu Markte tragen oder sich die Knochen für ausbeutungsgierige britische Fabrikanten in China zerschlagen lassen? Solche Erwägungen müssen jedem, der es mit Canada und seinem Volke gut meint, die Torheit jener vor Augen führen, die schon wieder von einem neuen Kriege träumen, für den Canada wie unter der Bordenregierung unseligen Andenkens die Zeche zahlen soll, indem es sein Gut und Blut für Fremde opfert.

Der Führer der Französisch-Canadier, Henry Bourassa, hat vollkommen recht, wenn er in seinem Blatte „Le Devoir“ vom 3. Juli 1925 unter der Ueberschrift „Kriegspropaganda“ zu den Verschmelzungsbestrebungen der Kriegervereine und zu dem Conscriptionsvorschlag bemerkt:

„Handelt es sich darum, die öffentliche Meinung auf eine neue Waffenrüstung des Reiches (gemeint ist das britische Reich) vorzubereiten? Das ist möglich. Bei einer dieser Zusammenkünfte hat man für den nächsten Krieg von einer „Conscription des Geldes und der Menschen“ gesprochen. Das ist ein Anzeichen, das beachtet werden muß.“

Hoffentlich findet der militaristische Geist, der in den britischen und canadischen Kriegervereinen herrscht, überall diese notwendige Beachtung, aber auch die noch notwendigere Ablehnung. Denn wir sind überzeugt, daß die überwiegende Mehrheit des canadischen Volkes friedliebend ist und noch die Nase vom letzten Kriege her voll hat, sodaß ihm auf Generationen hinaus nicht mehr nach solchen Abenteuern gelüstet.

Abd el Krim über Kämpfe in Marokko

Die Interessengegensätze zwischen Frankreich, Spanien und England

Französisch-spanisches Abkommen noch nicht abgeschlossen

Rom, 4. Juli. — Der Sonderberichterstatter des „Popolo d'Italia“ in Marokko drahtet seinem Blatte über eine Unterredung mit Abd el Krim. Dieser versicherte zunächst, daß die Rifftruppen bestens organisiert wären und nicht von fremden Offizieren befehligt würden. Frankreich und Spanien täuschten sich sehr, wenn sie mit der Wirkung einer allfälligen Hungerblockade rechneten. Das Rifland könne auf drei Jahre lang ohne Zufuhr aus dem Ausland leben.

Abd el Krim erklärte, jederzeit bereit zu sein, über einen annehmbaren modus vivendi mit Frankreich und Spanien zu unterhandeln, aber die Riffleute würden niemals die weiße Flagge hissen und sich ergeben.

Ferner sagte Abd el Krim: „Ich hatte durchaus nicht die Absicht, mir einen neuen Feind zu schaffen, nachdem Primo de Rivera sich schon bereit erklärt hatte, in Unterhandlungen einzutreten. Diese wären heute schon abgeschlossen, wenn Paris nicht durch einen scharfen Druck und große Versprechungen auf den spanischen Diktator eingewirkt hätte, so daß die Unterhandlungen abgebrochen wurden. Frankreich, das uns während des heißesten Ringens mit Spanien deutliche Beweise seiner Sympathie und seiner Eifersucht auf die Spanier gegeben hatte, drehte nun den Spieß um, da es den Nachweis dafür erbracht hielt, daß die Spanier außerstande seien, die Marokkaner zu regieren. Als die französische Regierung merkte, daß wir uns mit den Spaniern verständigen würden, leitete es Verhandlungen zur Uebernahme der spanischen Marokkozone ein. Spanien forderte eine Milliarde Franken für die Abtretung aller seiner Protektoratsrechte in Marokko. Die französische Regierung zog die Verhandlung hin, hoffend, daß die Schwächung der spanischen Stellung in Marokko eine Ermäßigung dieser Forderung bringen würde.

Inzwischen war England auf den beabsichtigten Handel zwischen Frankreich und Marokko aufmerksam geworden, wodurch der Abschluß neuerlich hinausgeschoben wurde. Hiervon unterrichtet, mußte ich die günstige Gelegenheit der kritischen Lage Frankreichs ergreifen und ließ meine ungeduldigen Leute an der Grenze demonstrieren. Die Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Frankreich war durch diese deutliche Provokation der französischen Regierung durchaus begründet.“

Abd el Krim versicherte weiter, daß, wenn Fez noch nicht genommen sei, dies darauf zurückgeführt werden müsse, daß die regulären marokkanischen Truppen bisher noch nicht eingegriffen hätten. Auf beiden Seiten werde nun die entscheidende Schlacht vorbereitet, der er mit Ruhe entgegensehe.

Abd el Krim übernahm persönlich die Weiterleitung dieses Berichtes an den „Popolo d' Italia“, um, wie er sagte, zu zeigen, wie wenig die Blokade ihn daran hindere, mit Europa in Fühlung zu bleiben.

Polens ungeheuere Rüstungen

Warschau 6. Juli. — Gelegentlich der Beratung des Militärhaushaltungsplans im Senat hob der Kriegsminister Sikorski in ausführlicher Rede hervor, welch große Fortschritte die militärischen Rüstungen Polens im letzten Jahre gemacht haben. Die überfüllten Stäbe und die Nebenwaffen seien abgebaut, dagegen die Infanterie, die Artillerie, das Flugwesen und die Gaswaffe ausgebaut worden. Jedem Kavallerieregiment sei ein Tankgeschwader beigegeben worden. Bei der Artillerie seien die veralteten Geschütze durchweg durch neue ersetzt worden. Statt 3 Großflugzeuggeschwadern seien jetzt sechs vorhanden. In der Rüstungsindustrie strebe Polen möglichste Verselbständigung an. Die Zeit, wo das Heer bloß für einen Moment mit eigener Munition ausgerüstet war, sei vorüber. 1914 seien 40 neue Fabriken für Rüstungszwecke gebaut worden. 1925 werde Polen jede Art von Munition selber herstellen können, sogar für die schwersten Kaliber. 1924 seien 14.000 Gewehre in Polen angefertigt worden; künftig würden es 150,000 jährlich sein. Der Staat habe die große Waffenfabrik Starachowice angekauft, wo auch Geschütze wieder instand gesetzt werden könnten. Weiter sei die Errichtung von vier neuen Flugzeugfabriken und einer Fabrik für Gasabwehrapparate in Vorbereitung. Der Militärhaushalt für 1925 sieht für Sold, Verpflegung, Bekleidung, Kasernierung für über 410 Millionen Zloty vor, für allgemeine Auslagen zu Heereszwecken 150 Millionen, für Ausgaben, die der unmittelbaren Kriegsbereitschaft dienen, 149 Millionen, für die Kriegsmarine, 18 Millionen, zusammen 727 Millionen Zloty vor. Unter Anerkennung der erzielten Fortschritte in der militärischen Rüstung bewilligte der Senat den Heereshaushalt ohne Abstriche.

Große canadische Getreidetransporte nach Deutschland

Montrealer Handels- und Schiffahrtskreise wollen deutschen Weizenzoll umgehen

Warum wurde der Abschluß eines canadisch-deutschen Handelsvertrages versäumt?

Aus Montreal kommt folgende Meldung: Ein Schiffahrtswettrennen, wie es in der Geschichte von Montreal einzig dasteht, wird sich in diesem Monat abspielen. Der Grund dafür ist der Zoll, den Deutschland auf allen ausländischen Weizen legt, der in jenes Land eingeführt wird. Dieser Zoll soll am 1. August in Kraft treten. Getreidedampfer verlassen bereits europäische und andere Häfen auf der Fahrt nach Montreal, um bis Ende des Monats ihre Ladungen nach Deutschland zu schaffen und sie dem bevorstehenden Zoll zu entziehen. Nach Kabelberichten sind die Frachttarife für Weizen in den letzten Tagen emporgeschnellt, sodaß die dafür erwachsenden Kosten in den letzten fünf Tagen sich verdoppelt haben. Andere Transportschiffe, die nach Montreal und von da nach Europa fahren können, bevor der deutsche Einfuhrzoll erhoben wird, sind in den Dienst gestellt worden und sollen nach Montreal unterwegs sein. Es kommen natürlich nur Dampfer in Betracht, die vor dem 15. Juli hier sein können und Getreide nach Antwerpen, Rotterdam und Hamburg verladen. Während vor wenigen Tagen nur eine Rate von 9 Cents per hundert Pfund für einen Dampfer, der noch vor dem 8. Juli einladen konnte, erhoben wurde, wurden am 1. Juli bereits 17 Cents per hundert Pfund von einem holländischen Dampfer verlangt, der mit Ballast nach Montreal gekommen war, um hier bis spätestens 15. Juli seine Ladung vollendet zu haben. Viele andere Schiffe sind zu denselben Bedingungen angeworben worden. Man erwartet, daß der Weizenexport im Juli, wenigstens für die erste Hälfte, einen Rekord erreichen wird. Nach dem 15. Juli werden jedoch die Frachtraten und die Exportziffern, wie zu erwarten ist, wieder zurückgehen. Die Getreidehändler und die Schiffahrtsleute in Montreal rechnen damit, daß der deutsche Weizenzoll die canadische Ausfuhr beeinträchtigen wird. Während der letzten drei Jahre ist Deutschland ein großer Käufer von canadischem Weizen gewesen und hat seine Einfuhren aus diesem Lande fast Jahr für Jahr verdoppelt.

* * *

Die letzte Bemerkung erinnert uns an eine Antwort, welche der canadische Handelsminister, Hon. Low, im canadischen Unterhaus in Ottawa am 30. April 1925 auf eine Anfrage hinsichtlich des Handels Canadas mit Deutschland in den Jahren 1910 bis 1914 und 1919 bis 1924 gab. Es genügt, die nüchternen Zahlen für sich sprechen zu lassen, die der Minister dem Hause unterbreitete. Demnach beliefen sich die Ein- und Ausfuhren (in Dollarwert berechnet):

Fiskaljahre (a)	Einfuhren $	Ausfuhren $
1910	7,935,230	2,501,191
1911	10,047,340	2,663,017
1912	11,090,005	3,814,914
1913	14,214,547	3,402,394
1914	14,586,223	4,433,736
(b)		
1919	75	....
1920	44,255	655,826
1921	1,547,685	8,217,036
1922	2,041,016	4,592,081
1923	2,568,409	10,062,879
1924	5,382,506	16,294,838

Während vor dem Kriege Canada mehr Waren aus Deutschland eingeführt als dorthin ausgeführt hat, hat sich seit dem Kriegsende und namentlich seit dem Jahre 1923 das Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr gerade umgekehrt. Mit anderen Worten: Canada verkauft heute weit mehr an Deutschland als in früheren Jahren. Mithin hätte eine weitschauende, „nationale“ canadische Handelspolitik in den letzten Monaten im Interesse des eigenen Landes und namentlich im Interesse eines guten Preises für den Farmer alle Ursache gehabt, den kleinlichen Kriegsgeist zu vergessen und mit Deutschland durch ein Handelsabkommen sich alle möglichen Vorteile zu sichern. Anscheinend muß man aber auch hier wieder einmal die Erfahrung machen, daß man den Anschluß an die handelspolitische Entwicklung Deutschlands auf canadischer Seite versäumt hat. Die Folge davon ist die Ueberstürzung, mit der man nun in Montrealer Schiffahrts- und Getreidehandelskreisen das zu retten sucht, was noch vor dem 1. August, vor der Einführung des neuen deutschen Weizenzolles, zu retten ist. Und wer muß die Zeche für das Versäumnis zahlen? Letzten Endes der canadische Farmer.

Entdeckung eines russischen Fürstenschatzes

Moskau, 6. Juli. — Agenten der Sowjetregierung entdeckten eine geheime Schatzgrube mit Wertsachen von rund $3,000,000, die in dem früheren Palast des Fürsten Felix Jussopow, eines Mitglieds einer der ältesten und reichsten Adelsfamilien Rußlands, aufbewahrt wurde. Der Schatz war sorgfältig in einem Stahlgewölbe hinter einer Backsteinmauer verborgen. Er besteht aus Hunderten von goldenen, silbernen und Platin-Artikeln, viele derselben mit Diamanten, Perlen, Saphiren und Rubinen geschmückt. Der Schatz wurde von der Familie Jussopow vor ihrer Flucht aus Rußland infolge der Revolution versteckt, wie die Sowjetbeamten sagen.

Unter den gefundenen Artikeln werden zwei wunderschöne Halsbänder von je 1½ Pfund Schwere genannt, die aus einer Unmenge von Diamanten und Rubinen bestehen.

Mehrere ähnliche Funde von versteckten Juwelen sind seit der Revolution gemacht worden. Die Sowjetbehörden erwarten, daß unzweifelhaft noch mehr Reichtümer ans Tageslicht geschafft werden.

Es wird bekannt gemacht, daß alle solche Artikel Staatseigentum und dem Sowjetmuseum überwiesen werden.

Rußland und Deutschland Freunde Chinas

Erklärung eines chinesischen Universitätspräsidenten

Wie es zu den Wirren kam

Chicago, 6. Juli. — Dr. P. W. Kuo, Präsident der Universität in Nanking, hat in einer Ansprache in der Universität von Chicago erklärt, daß die Kommunisten und Radikalen in China sich die aus „ungerechten und und veralteten Verträgen“ resultierenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zunutze machten. Er sagte, der Aufruhr in China sei nicht direkt von dem roten Element verursacht worden, sondern die ersten Unruhen ereigneten sich in Shanghai, als die mit den Arbeitsbedingungen unzufriedenen chinesischen Arbeiter in den dortigen japanischen Spinnereien streikten und Abordnungen der Streiker von den japanischen Spinnereibesitzern fortgejagt wurden. Als in der Folge Arbeiter und Studenten eine öffentliche Kundgebung abhielten, wurde die Ansammlung von der Polizei des Stadtrates, der von den ausländischen Mächten kontrolliert wird, gesprengt. Bei einer zweiten Demonstration feuerte die Polizei auf die unbewaffneten Demonstranten. In einem Fall wurden nach Angabe des Dr. Kuo zehn Sekunden, nachdem die Polizei die Demonstranten zum Auseinandergehen aufgefordert hatte, Schüsse auf die Menge abgefeuert.

Dr. Kuo bemerkte schließlich, daß vermöge der Bestimmungen der veralteten Handelsverträge Chinesen, die 70% der Steuern aufzubringen haben, ihre Rechte nicht geltend machen können, da sie in den betreffenden Körperschaften nicht repräsentiert seien.

Deutschland und Rußland sind die zwei einzigen Nationen, die Chinas Befreiung von ungerechten Verträgen begünstigen und für neue Bestimmungen sind, welche seine Unversehrtheit nicht beeinträchtigen. Rußland besonders hat sich als Chinas bester Freund gezeigt. Deutschland erfüllte seine Vertragsverpflichtungen, es zog Truppen aus der Mongolei zurück und gab das Interesse an der ostchinesischen Bahn auf. Allein die andern Mächte erkennen nicht, daß China eine innerlich veränderte Nation ist. Sie sollten ebenfalls einer einschneidenden Aenderung ihrer Verträge zustimmen. Sie müssen auf Vergünstigungen verzichten, welche Chinas Oberhoheit beschränken und seine vollste Entwicklung hindern.

Deutsche werden nicht belästigt

Canton, 6. Juli. — Kanonenboote fahren nach allen entlegenen Gemeinwesen zum Schutze von Ausländern, welche die durch China dringende fremdenfeindliche Agitation bedroht. In Canton ist es für Bewohner des ausländischen Viertels gefährlich, die chinesische Gegend der Stadt zu besuchen, wo das Geschäft in eingeborenen Kreisen wieder in Gang kam. Auch deutsche Firmen betreiben ihre Geschäfte wie üblich. Das britische Generalkonsulat wartet noch immer auf die britischen Forderungen an die Regierung von Canton.

Amerikaner planen Konferenz als Beruhigungspulver

Washington, 5. Juli. — Die Washingtoner Regierung erklärt, daß sie die baldige Einberufung der in der Washingtoner Rüstungseinschränkungskonferenz ...

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Fremde in Frankreich weiter ausgebeutet

Paris, 5. Juli. — Mit 343 zu 223 Stimmen beschloß die französische Kammer, die Spesen der Identifizierungskarte, die von allen Fremden verlangt wird, welche in Frankreich reisen, auf 200 Francs (etwa $40 zum jetzigen Kurs) zu erhöhen. Geistige und Handarbeiter haben indessen für die Karten nur 10 Francs zu zahlen.

Ungarns Ernte

Budapest, 6. Juli. — Die Landwirtschaftsbehörde gab bekannt, daß ihrer Schätzung gemäß die Weizenernte in Ungarn dieses Jahr 15,000,000 Zentner gegenüber 14,000,000 Zentner im Vorjahre ergeben wird; die Roggenernte wird wahrscheinlich 6,700,000 Zentner gegenüber 5,600,000 Zentner im Vorjahre ergeben. Sowohl im Süden als auch im Westen des Landes hat es dieses Jahr ziemlich viel geregnet, während der Osten über große Dürre klagte.

300,000 Obdachlose in Galizien

Warschau, 6. Juli. — Depeschen aus Galizien und Teschen besagen, daß der durch die Wasserfluten angerichtete Schaden selbst jenen aus dem Jahre 1903 übersteigt.

Dreihunderttausend Menschen sind obdachlos geworden u. zur unmittelbaren Hilfeleistung werden 2 Millionen Dollars benötigt.

Das gärende Asien

Honolulu, 2. Juli — Unter der Bevölkerung Australiens herrscht ein Gefühl der Beklommenheit. Man traut dort Japan nicht. In dieser Weise sprach sich S. H. Roberts von Victoria in Australien in einer Rede, die er hier in einer Versammlung des Institute of Pacific Relations, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, hielt, aus. T. Z. Koo, ein Chinese, erklärte, das die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in China auf Grund von Billigkeit und Gerechtigkeit eine Lebensfrage für den Frieden am Stillen Ozean sei.

Hugh Cynn von Korea erklärte, daß es dem letzteren an Mitteln fehle, um eine Industrie zu beginnen und Handelsbeziehungen anzuknüpfen, und daß infolgedessen viele Leute aus Korea nach der Mandschurei oder nach Sachalien auswandern.

Conrado Banitez von den Philippinen sprach von der Unabhängigkeitsbewegung unter den Völkern Hinterasiens.

Dr. M. Sawamagi von Japan betonte, daß Japan auf das Festland von Asien angewiesen sei, soweit die ökonomischen und kommerziellen Beziehungen Japans in Betracht kommen. Störende Beschränkungen sollen aufgehoben werden.

S. H. Roberts von Australien erklärte, daß die Stimmung unter der Bevölkerung Australiens in dem Motto gipfele: „Australien für die Weißen!“

Wahre Worte zur Jugendfrage

Indianapolis, Ind., d. 5. Juli. — Redner in der Versammlung des nationalen Erziehungsvereins befaßten sich mit Gesetzlosigkeit unter der Jugend und sittlichem Niedergang. Dr. Sherwood, staatlicher Aufseher des öffentlichen Unterrichts in Indiana, sieht in dem Mangel religiöser Schulung den Hauptgrund für die Zügellosigkeit des jüngeren Geschlechts. In Indiana, sagte Sherwood, steht über die Hälfte der Bevölkerung mit keiner Kirche in Verbindung. Manche Religionsgemeinschaften geben ihren Kindern nur 12 Stunden religiösen Unterricht im Jahre. Solange dieser Zustand besteht, wird unsere Jugend nicht mit der moralischen und religiösen Schulung durchtränkt, die gesetzliebende Bürger schafft. Sherwood führte auch die Lässigkeit der Eltern bei der Aufsicht über ihre Kinder und die Ausbeutung der Theater und öffentlichen Tanzhallen an.

Schneesturmopfer in den Alpen

Wien, 5. Juli. — Ueber 100 Gebirgstouristen sind am vergangenen Montag in den Salzburger Alpen von einem schrecklichen Schneesturm ereilt worden. Längere Zeit kam keine Kunde von ihrem Schicksal und die Rettungsmannschaften, die schließlich ausgesandt wurden, haben soweit sieben Personen auf den eingeschneiten Bergeshöhen erfroren aufgefunden. Man befürchtet, daß die Mehrzahl der übrigen Bergsteiger das gleiche Schicksal erlitten haben.

Vulkanausbruch in Columbia

Bogota, Columbia, 4. Juli.— Eine heftige Eruption des Vulkans Galeras in der Nähe von Pasto, ist im Gange. Mächtige Flammen schießen aus dem Krater hervor, der zugleich große Massen von Steinen und Asche auswirft, welche das angrenzende Gebiet bedecken.

Die Verbindung mit den Ortschaften La Florida und Sonfaca ist unterbrochen und es wird befürchtet, daß sie zerstört worden sind.

Erdrosselung des deutschen Luftverkehrs

Widerspricht dem Versailler Vertrag

Bau von Zeppelinen verboten

Berlin, 4. Juli. — Die Botschafternote, welche dem deutschen Flugwesen erneut unerträgliche Fesseln auferlegt, wird von der ganzen Presse mit einem Schrei der Entrüstung beantwortet. „Absichtliche Erdrosselung der deutschen Industrie“ ist das Charakteristikum, welches den in der Note enthaltenen Bestimmungen über das deutsche Flugwesen von den Blättern gegeben wird.

Herr Otto Merkel, einer der leitenden Geister des Deutschen Aerolond, äußerte sich wie folgt: „Die Note spottet jeder wirtschaftlichen Ueberlegung, und ist einem Geist entsprungen, der es um die Vernichtung unserer Luftschiffahrts-Industrie zu tun, dessen Auswirkung direkt katastrophal sein muß, ist doch die Kontrolle über den Bau unserer Flugzeuge der Militär-Kommission anheimgestellt. Die neuen vom Botschafterrat erlassenen Bestimmungen sind derartig, daß wir der Fabrikspionage mit Haut und Haaren ausgeliefert sind. Die Erfüllung dieser Bestimmungen käme einer Vernichtung des deutschen Luftfahrtverkehrs gleich. Ich möchte indeß ausdrücklich erklären, daß die Bestimmungen undurchführbar sind, da unter dem Versailler Vertrag der Luftverkehr freigegeben ist.“

In dieser Beziehung muß daran erinnert werden, daß unter dem Versailler Vertrag es Deutschland bis zum Jahre 1923 verboten war, Flugzeuge zu bauen. Der Bau nach dieser Zeit wurde unter Regeln freigegeben, die alle zwei Jahre auf Grund der neuesten technischen Entwickelungen einer Revision zu unterwerfen sind.

Im März 1924 kam Deutschland beim Botschafterrat um eine Milderung der Bedingungen von 1922 mit der Begründung ein, diese seien nicht länger im Einklang mit dem technischen Fortschritt der Welt auf dem Gebiet des Flugwesens. Die hier eingetroffene Note ist die Antwort der Alliierten auf das deutsche Gesuch.

Allerdings wird unter diesen neuen Bedingungen den Deutschen gestattet, schwerere und schnellere Flugzeuge zu bauen, als seither, doch ist dieses nach der Ansicht hiesiger Fachleute nicht genügend, um es Deutschland zu ermöglichen, mit den technischen Fortschritten anderer Nationen im Flugwesen Schritt zu halten. Dazu kommt, daß die neuesten Forderungen der Alliierten geradezu unerhörter Natur sind.

So wird den Deutschen verboten, irgend eine neue Erfindung an ihren Flugzeugen anzubringen, die es auch nur im entferntesten ermöglichen könnte, diese Flugzeuge für militärische Zwecke zu verwenden. Ferner verlangen die Alliierten, daß der Garantie-Kommission, welche an Stelle der Militär-Kontroll-Kommission treten wird, jedes Flugzeug gemeldet wird, das in Bau gegeben wird. Seither war nur über die fertiggestellten Aeroplane Bericht zu erstatten.

Besonders aber enttäuscht die Erklärung, daß auch fernerhin der Bau von Zeppelinen nicht frei gegeben werden könne.